

Bayreuther Bringschuld

Ein nationales Prestigeprojekt steht auf dem Prüfstand: Der Bund will sich die Strukturen der international berühmten Richard-Wagner-Festspiele in Bayreuth vornehmen. Die sollten »vernünftig und wirksam« sein, erklärte Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) gegenüber der *dpa* am Montag in Berlin. Wie der Freistaat Bayern und die Gesellschaft der Freunde von Bayreuth hält die BRD 29 Prozent der Anteile an der Bayreuther Festspiele GmbH. Die Stadt ist mit den restlichen 13 Prozent beteiligt. Jenseits der anstehenden Sanierungsarbeiten finanzierte Berlin im vergangenen Jahr 2,9 Millionen Euro des knapp 27 Millionen Euro betragenden Etats. Für die rund 178 Millionen Euro teure Sanierung des Festspielhauses hat der Bund zuletzt noch weitere 84,7 Millionen Euro zugesagt.

Aus Sicht von Grütters geht es »nicht nur darum, wer wieviel Mitspracherecht hat, sondern vor allem darum, wie wir das Publikum erreichen«. Auch die Bayreuther Festspiele würden zu einem Großteil mit Steuergeldern finanziert. »Da muss man einfach fragen: Wird die Bringschuld eines national und international bedeutsamen Opernfestivals eingelöst? Werden die Erwartungen des Publikums angemessen berücksichtigt? Sind die Strukturen geeignet, damit ein Höchstmaß an künstlerischer Leistung erbracht werden kann? Da hat es in der Vergangenheit manchmal doch Reibungsverluste gegeben.«

Die herausgehobene Position der Familie Wagner will man aber offenbar nicht in Frage stellen. »Die Familie verteidigt dort mit Recht ihre Mitwirkungsansprüche. Die Frage ist eher, ob die geltenden Satzungen und Gesellschafterverträge heute noch zeitgemäß sind«, so Grütters. Nach der coronabedingten Absage 2020 sollen die Festspiele im nächsten Jahr auf jeden Fall stattfinden. Doch sind wegen der anhaltenden Pandemie zur Zeit nur 22 anstelle der üblichen 32 Vorstellungen geplant. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/393345.klassik-bayreuther-bringschuld.html>